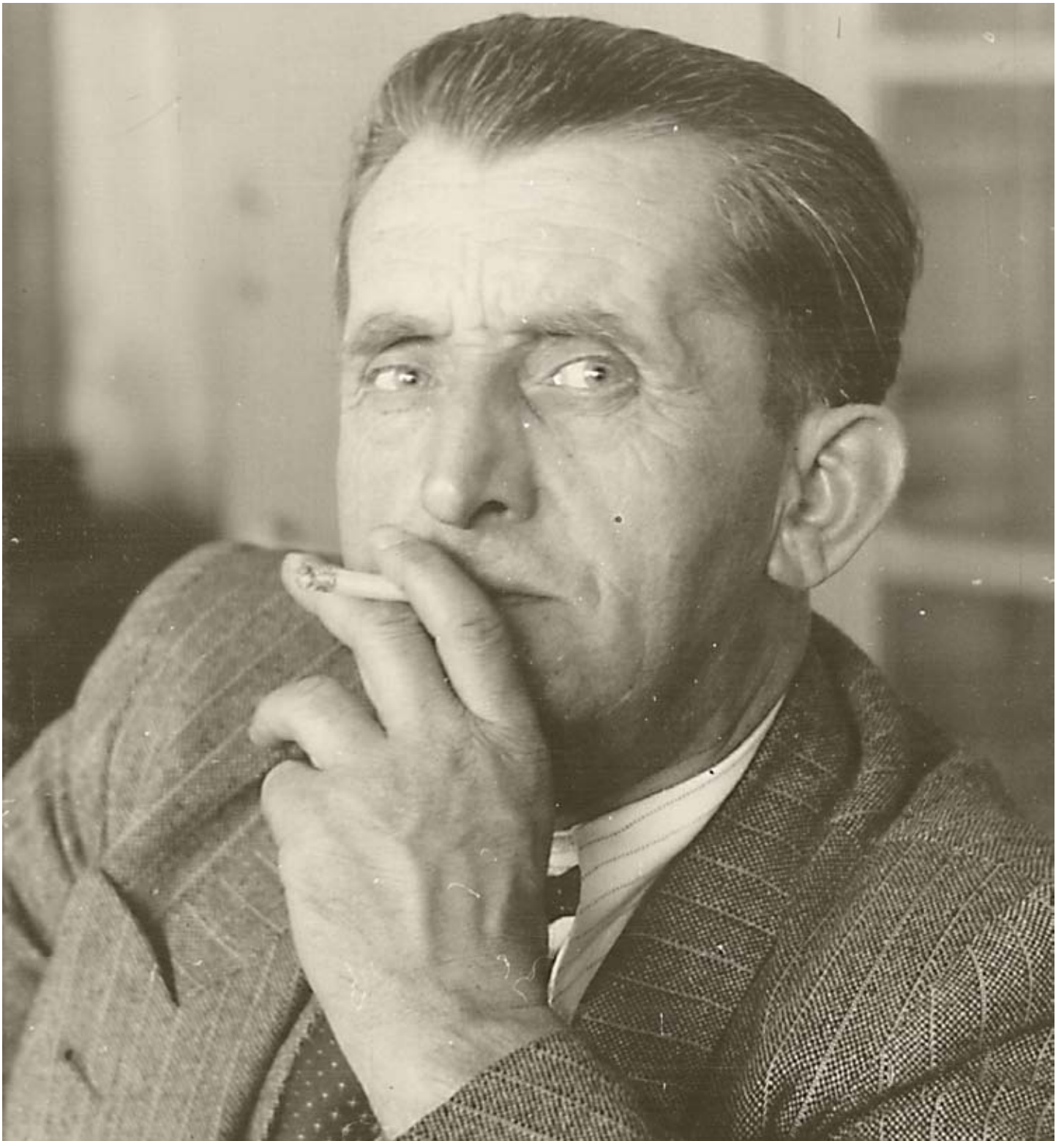


1892–1964



Heinrich Renner wurde am 6. Januar 1892 in Lückenburg im Kreis Bernkastel geboren. Wie so viele seiner Generation mit dem Namen Heinrich wurde er stets nur „Heinz“ gerufen. Nach Abschluss des Realgymnasiums begann er im Jahre 1909 eine Lehre im Bankhaus Gebr. Röchling. Hier erarbeitete er sich schnell eine Vertrauensstellung und wurde auch als Geldbote zwischen der Zentrale und der Zweigstelle der Bank eingesetzt. Bei dieser Gelegenheit unterschlug er 1911 144.000 Mark.

Nach kurzer Flucht nach Paris und London wurde er Ende 1911 verhaftet und den deutschen Behörden ausgeliefert. Am 26. Februar 1912 wurde er zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Kurz nach der Mobilmachung 1914 wurde er an die Westfront berufen. Als Vizefeldwebel wurde er mehrfach verwundet und mit dem EK I und II ausgezeichnet. Die Erfahrungen des Krieges, die Schrecken der Schlachtfelder und Entbehrungen des „Steckrübenwinters“ waren prägend für Heinz Renner: Er wurde zum überzeugten



Durch die Erlebnisse im I. Weltkrieg wurde Renner zum Pazifisten

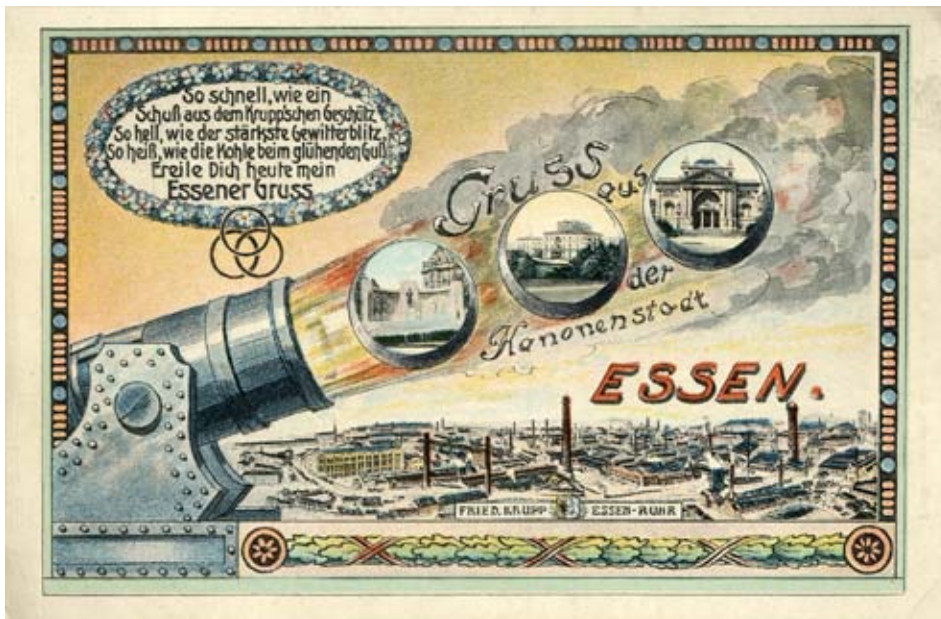
Pazifisten, der sich künftig für Frieden und Völkerverständigung und für angemessenen Hilfe für die Kriegsgeschädigten einsetzte. 1917 kam er verwundet in ein Kriegslazarett nach Essen, der Stadt, die seine Heimat werden sollte.

Er fasste schnell Fuß in der Stadt. Die Erfahrungen des Krieges und der gescheiterten Novemberrevolution ließen ihn mit der Sozialdemokratie brechen. Er verließ die SPD, deren Mitglied er seit 1910 war, zunächst in Richtung USPD und wurde 1920 Mitglied der KPD. Er wurde kommunalpolitischer Mitarbeiter der KPD-Ratsfraktion und entwickelte sich immer zum Fachmann für Sozialpolitik. 1923 wurde er zum Leiter des „Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit“ Gau Rheinland

und Westfalen gewählt. Die Organisation setzte sich für die Rechte der Kriegsbeschädigten und der Opfer von Arbeitsunfällen ein. Sie wuchs schnell, und ab 1926 war die Stellung hauptamtlich.

„Ich habe eine Lektion in Sachen Demokratie erhalten.“

(Heinz Renner über seinen 8-monatigen Sitzungsausschluss 1926)



1924 zog Renner mit 19 weiteren Genoss/inn/en in den Essener Stadtrat ein. Er fiel durch seine sozialpolitische Kompetenz auf und wurde nach kurzer Zeit Vorsitzender des Sozialausschusses. Er setzte sich zeitlebens mit Leidenschaft für die Belange der sozial Benachteiligten ein, auch in der Ratssitzung am 3. September 1926, die zu seinem ersten Sitzungsausschluss führte: In einer Debatte über die katastrophale Wohnsituation in Essen und die menschenunwürdigen Zustände im Obdachlosenasyll in der Lordstraße unterbrach er die Ausführungen des Oberbürgermeisters Bracht mit einem

Zwischenruf. Als der Oberbürgermeister Renner darauf hinwies, dass er nicht das Wort habe, erwiderte dieser, dass er sich seine Zwischenrufe nicht verbieten lasse. Die Sitzung wurde unterbrochen, Renner des Saals verwiesen und im Nachgang für acht Monate von den Ratssitzungen ausgeschlossen.

Von 1925 bis 1933 war er auch Abgeordneter im Rheinischen Provinziallandtag, einer Verwaltungseinheit in Preußen, vergleichbar mit dem heutigen LVR (Landschaftsverband Rheinland). Eine der Aufgaben dieses Parlaments war die Wohlfahrtspflege. Er wurde ein immer versierterer Kenner der Verzahnungen von kommunaler und Landespolitik. Er setzte sich offensiv mit den aufkommenden Nazis auseinander und lernte auch den

Mann kennen, der sein größter politischer Gegner werden sollte, dem er aber auch in gegenseitigem Respekt begegnete: Konrad Adenauer.

Heinz Renner wurde durch seine beharrliche Arbeit und seine Kompetenz zum profiliertesten Kommunalpolitiker der KPD in Essen. Anfang der 30er Jahre wurde er in den Fraktionsvorstand gewählt, 1932 zum Fraktionsvorsitzenden. Dass er nach der Machtübergabe an die Nazis 1933 in Lebensgefahr war und fliehen musste, lag auf der Hand.

Die Flucht führte ihn zunächst in das von den Franzosen besetzte Saarland, danach nach Paris, wo er vor allem den Kampf gegen Franco mit organisierte. Doch die in Teilen mit den Nazis kollaborierenden Franzosen gewährten Kommunisten nach Ausbruch des Krieges kein Asyl mehr und internierten Renner im Lager „Le Vernet“. 1943 wurde er dann den deutschen Behörden übergeben und von der Gestapo mit ihren üblichen Foltermethoden verhört. Sein schlechter Gesundheitszustand verzögerte jedoch die „Ermittlungen“ der Gestapo, wohl nur deshalb kam er nicht mehr vor den Volksgerichtshof in Berlin, wo er zum Tode verurteilt worden wäre. Er war für den Transport in das KZ Dachau vorgesehen, als er von französischen Truppen aus dem Zuchthaus Ludwigsburg befreit wurde.

„Ich bin mir der großen Verantwortung voll bewusst, die ich in dieser Stellung übernehme.“

Unsere Vaterstadt Essen, die am stärksten durch den Krieg gelitten hat und trotzdem heute die volkreichste Stadt des Ruhrgebiets ist, galt bisher bei allen Völkern als die Waffenschmiede des deutschen Imperialismus. Durch unser Wirken soll sie im Westen Deutschlands zum Symbol des Aufbauwillens und der ehrlichen Friedensbereitschaft des deutschen Volkes werden.“

(Heinz Renner bei seiner Amtseinführung als Oberbürgermeister 1946)

Heinz Renner kehrte nach Essen zurück, in eine Stadt, die vom Krieg schwer gezeichnet war. Durch 272 Luftangriffe waren ca. 57.000 Wohngebäude zerstört, über 6.800 Zivilisten hatten ihr Leben gelassen. Doch Renner resignierte nicht, sondern wollte helfen, die Stadt neu aufzubauen. In der Nähe des vollkommen zerstörten Hauptbahnhofs fand er ein brauchbares Haus, in dem er eine Beratungsstelle für Notleidende einrichtete. Niemand wurde abgewiesen, jedem im Rahmen des Möglichen geholfen.

Am 29. Juni 1945 wurde ein Bürgerausschuss mit 13 Mitgliedern gebildet, der dem von den britischen Besatzungsbehörden eingesetzten Oberbürgermeister Dr. Hugo Rosendahl bei der Bewältigung seiner Aufgaben helfen sollte. Renner wurde in diesen Ausschuss berufen.



Heinz Renner vor der Kulisse der zerstörten Stadt Essen

Da die Briten Machtkonzentrationen verhindern wollten, erließen sie eine Gemeindeordnung, die vorsah, dass es zukünftig einen ehrenamtlichen Oberbürgermeister und einen hauptamtlichen Oberstadtdirektor geben solle. Zum ersten Oberstadtdirektor wurde von den Briten Hugo Rosendahl gemacht. Damit war die Position des Oberbürgermeisters vakant. Am 6. Februar 1946 wurde Heinz Renner von der britischen Besatzungsbehörde in dieses Amt eingeführt.



Der Staatsmann Renner

Als Oberbürgermeister blieb Heinz Renner seiner Linie treu und setzte sich für die Belange der arbeitenden Bevölkerung und der sozial Benachteiligten ein. Dazu gehörte für ihn auch, aktiv gegen die Demontagepolitik der Alliierten vorzugehen. Die Demontage des Borbecker Hüttenwerks konnte er nicht verhindern, doch setzte er sich dafür ein, die Krupp-Werke nicht zu zerschlagen. Stattdessen schlug er die Überführung der kruppschen Produktionsstätten an die Kommunalverwaltung der Stadt Essen vor. Außerdem sollten die Werke auf Friedensproduktion umgestellt werden. Der Diskussionsprozess um die Krupp-Werke dauerte drei Jahre. 1949 wurde eine Industrieförderungsgesellschaft gegründet, mit der AEG hat sich ein erster Großbetrieb auf dem Krupp-Gelände angesiedelt. Die Demontage wurde verhindert und somit viele Arbeitsplätze erhalten.

Renner war aber auch ein praktischer Politiker, der nicht nur redete, sondern auch handelte. Als im Februar 1946, in einer Zeit, als die Stadt Essen kaum Geld



Einführung in das Oberbürgermeisteramt, 6. Februar 1946

zur Verfügung hatte, die Emscher über die Ufer trat und rund 3.000 Menschen in Karnap obdachlos wurden, initiierte er kurzerhand eine Spendensammlung, die in wenigen Tagen rund 270.000 Mark einbrachte. Die schlimmste Not konnte so gemildert werden.

Des Weiteren engagierte sich Renner für die Entnazifizierung und richtete seine Kommunalpolitik antifaschistisch aus. Am 27. März 1946 hob die Stadtverordnetenversammlung unter seiner Sitzungsleitung

einstimmig die Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler, Hermann Göring, Heinrich Unger, sowie von Bertha und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach auf. Stattdessen wurde die Altendorfer Straße in Ernst-Thälmann-Straße umbenannt, was jedoch bereits 1950 wieder rückgängig gemacht wurde. Der „Kalte Krieg“ schwelte.

„Ich übernehme das oberbürgermeisterliche Amt aus den Händen eines Mannes, der es in schwerster Zeit mutvoll und tatkräftig verwaltet hat.

Sie wissen, Herr Renner, dass ich bei aller politischen Abweichung, die zwischen uns besteht (...), ich insbesondere vor Ihrer menschlichen Art große Hochachtung habe.“

Gustav Heinemann nach Amtsantritt als neuer Essener Oberbürgermeister am 30. Oktober 1946)



Heinz Renner mit Gustav Heinemann

Die Kommunalwahlen im Herbst 1946 brachten der KPD 12 Prozent der Stimmen. Stärkste Partei wurde die CDU mit 39 Prozent. Somit war klar, dass die Christdemokraten künftig den Oberbürgermeister stellen würden. Heinz Renner übergab das Amt in der konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 30. Oktober 1946 an Gustav Heinemann, der damals noch der CDU angehörte.

Mehrere Redner unterschiedlicher politischer Couleur sprachen Heinz Renner höchste Anerkennung und Dank für seine Arbeit als Oberbürgermeister aus. Doch der Verlust dieses arbeitsintensiven Amtes ermöglichte ihm eine intensivere Zuwendung zur Landespolitik.

Bereits seit dem 14. Dezember 1945 war Renner wieder Mitglied des Rheinischen Provinzialrats, zu diesem Zeitpunkt wurde auch dieser noch von den Besatzungsbehörden ernannt. Er pendelte zwischen Essen und Düsseldorf und war frühzeitig

für ein Ministeramt vorgesehen. Als am 30. Juli 1946 Rudolf Amelunxen zum ersten Ministerpräsidenten des neuen Landes Nordrhein-Westfalen ernannt wurde, erhielt Renner den Posten des Sozialministers. In diesem Amt fühlte er sich insbesondere dazu verpflichtet, den Verfolgten des Naziregimes Hilfe und Anerkennung zukommen zu lassen. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Einrichtung eines Kurheims für Opfer des Nationalsozialismus in Bad Driburg.

Am 26. Oktober 1946 war er, ebenso wie Ministerpräsident Amelunxen, Ehrengast bei der Gründungskonferenz des Landesverbands der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Außerdem setzte er sich besonders für die Rechte der Rentner, Kriegsbeschädigten, Naziverfolgten und Witwen ein. Auch an der Erarbeitung der Landesverfassung, die 1950 unter dem neuen Ministerpräsidenten Karl Arnold angenommen und durch einen Volksentscheid bestätigt wurde, wirkte Renner mit.

„Ich suche mir die Leute, die mir sympathisch sind, einstweilen noch selber aus.“

(Konrad Adenauer, nachdem ihn die CDU Fraktion gedrängt hat, er möge sein, im persönlichen Bereich herzliches, Verhältnis zu Renner ändern, da es zu Missdeutungen führen könne.)



Heinz Renner während einer Ratssitzung 1948

Ende 1946 erfolgte eine Umbildung der Landesregierung, um das Ergebnis der Kommunalwahlen darzustellen. Die CDU wurde bei diesen stärkste Kraft und sollte nun an der Regierung beteiligt werden. Der Kampf um die verschiedensten Posten führte dazu, dass Heinz Renner als Minister ausschied.

Er wurde daraufhin von seinen Genossen zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Er wirkte weiter für die Menschen in NRW und setzte sich bspw. im Hungerwinter 1947 für eine Verbesserung der Ernährungslage ein.

Am 20. April 1947 fand in NRW die erste Landtagswahl statt. Die KPD ging aus ihr gestärkt hervor und erhielt 14 Prozent der Wählerstimmen. Im neuen Kabinett, das vom Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) geführt wurde, wurde Heinz Renner Verkehrsminister. Er stürzte sich in die Arbeit und schuf pragmatisch eine sinnvolle

Landesverkehrsplanung und sicherte den Transport von lebenswichtigen Gütern nach NRW.

Der Ton der politischen Auseinandersetzung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik und des Landes NRW war rau. Immer wieder wurde auch in NRW die Zukunft Deutschlands diskutiert. Die KPD wollte eine Zweistaatenlösung verhindern, die immer deutlicher von Briten und Amerikanern angestrebt wurde, was Adenauer deutlich unterstützte. Nachdem 1948 mehrere KPD-Abgeordnete verschiedenen Mitgliedern der Regierungsparteien „Landesverrat“ vorgeworfen hatten, kam es zur Kabinettskrise, in deren Verlauf die beiden kommunistischen Minister Renner und Paul entlassen wurden.

Heinz Renner wirkte zunächst als einfacher Abgeordneter weiter im Landtag, wurde aber von der KPD vorgeschlagen, für diese in den Parlamentarischen Rat einzuziehen.

„Der Parlamentarische Rat ist auf Grund der Empfehlungen zusammengesetzt worden,

um den westdeutschen Staat zu schaffen und diesem westdeutschen Staat eine Verfassung zu geben. Somit wird Deutschland gespalten. (...) Ich stelle daher folgenden Antrag: Der Parlamentarische Rat stellt seine Beratungen über eine separate westdeutsche Verfassung ein.“

(Max Reimann, für die KPD im Parlamentarischen Rat in der konstituierenden Sitzung am 1. September 1948)

Am 1. September 1948 konstituierte sich der Parlamentarische Rat in Bonn. Seine Aufgabe war es, eine Verfassung, das Grundgesetz, zu erarbeiten. Der „Kalte Krieg“ nahm seinen Anfang, Briten, Amerikaner und Franzosen vereinigten sich zur „Trizone“ und empfahlen die Bildung einer westdeutschen Regierung, die Sowjets reagierten mit der Berlin-Blockade. Auch wenn die beiden KPD-Vertreter, neben Heinz Renner war auch sein Genosse Max Reimann Mitglied des Parlamentarischen Rates, die Erarbeitung einer Verfassung nur für Westdeutschland ablehnten, da sie hierin die Grundlage zur Spaltung Deutschlands sahen, brachten sie sich in den eigentlichen Arbeitsprozess konstruktiv ein um das Grundgesetz so demokratisch wie möglich zu gestalten.

So verlangte Renner z.B. das aktive Wahlrecht ab 18 Jahren, für uns heute selbstverständlich, tatsächlich aber erst seit



Max Reimann und Heinz Renner (sitzend) im Parlamentarischen Rat

1969 geltendes Recht in der BRD. Des Weiteren setzte sich Heinz Renner für die Stärkung der Städte und Gemeinden ein, für die Rechte von unehelichen Kindern und für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Aufgrund seiner eigenen Erfahrungen als politisch Verfolgter und Flüchtling setzte er sich außerdem sehr engagiert für das Asylrecht ein.

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz in einem Staatsakt von den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates unterzeich-

net. Heinz Renner sorgte für Aufregung, als er an die Reihe kam. Mit den Worten „Ich unterzeichne“ trat er ans Pult und erst nach einer Pause fuhr er fort: „... die Spaltung Deutschlands nicht.“

„Man muss sich das wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Weil Renner Kommunist war, wurde er von den Nazis verfolgt.“

Weil er nach dem Kriege Kommunist blieb, erlebte er in der jungen Bundesrepublik eine zweite Verfolgung.“

Renate Faerber-Husemann in der Zeitzeichen-Sendung des WDR, 6. Januar 1997)

Von 1949 bis 1953 war Heinz Renner Mitglied des Deutschen Bundestages. Mit über 400 Wortbeiträgen und 44 Ordnungsrufen war er auch hier einer der präsentesten Abgeordneten. In seiner politischen Überzeugung war er unnachgiebig und trug seine Überzeugung immer deutlich nach außen.

In der Debatte um die Erschießung des Kommunisten Philipp Müller bei einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung der BRD am 11. Mai 1952 in Essen, bezeichnete er den Innenminister Dr. Lehr (CDU) als dessen „Mörder“. Daraufhin wurde er für die Dauer von zwanzig Sitzungstagen ausgeschlossen. In der Debatte um die Wiederbewaffnung, die der Pazifist Renner verhindern wollte, warf er Konrad Adenauer „verlogene Hetze“ vor.

Seine politischen Gegner, die in der Diskussion oft scharf angegangen wurden, bescheinigten Heinz Renner dennoch hohe Sachkompetenz und eine große Menschlichkeit.

1953 schaffte die KPD den Sprung in den Bundestag nicht mehr. Im Rahmen von KPD-Verbot (1956), dem Klima des „Kalten Krieges“ und des deutschen Antikommunismus wurden dem verdienten Politiker und streitbaren Geist, der zeitlebens für die Demokratie gekämpft hat, die Lebensgrundlagen entzogen.



Das Ehrengrab von Heinz Renner auf dem Süd-West-Friedhof

Seine Kandidatur zur Landtagswahl 1958 als unabhängiger Politiker wurde von den Behörden als Fortführung der verbotenen KPD ausgelegt. Heinz Renner wurde verhaftet, die Landesrentenbehörde NRW verlangte von ihm die Rückzahlung von 27.383,60 DM, die ihm nicht zustünden, da er als Mitglied der verbotenen KPD umstürzlerisch gegen die BRD gewirkt hätte. Ein Schlag ins Gesicht eines Mannes, der sich zeitlebens für die Gesellschaft und Demokratie eingesetzt hat. Auch die monatliche Rente in Höhe von 230 DM wurde ihm aberkannt.

Aufgrund seines Gesundheitszustands erhielt Heinz Renner (Untersuchungs-) Haftverschonung mit der Auflage, dass er die Bundesrepublik ohne Genehmigung nicht verlassen dürfe.

Diese Genehmigung bekam Renner 1960. Er durfte zur Kur nach Bad Karlsbad reisen, von dort kam er über die Sowjetunion schließlich nach Ost-Berlin, wo er sich niederließ. In der Hauptstadt der DDR starb er am 22. Januar 1964.

Heinrich „Heinz“ Renner – Biographische Daten



1892–1964

Geboren am 6. Januar 1892 in Lückenburg (Kreis Bernkastel)

1910 Eintritt in die SPD

1914 Kriegsdienst an der Westfront. Er wurde mehrfach verwundet und mit dem EK I und dem EK II ausgezeichnet. Er kam in ein Kriegslazarett in Essen, seine erste Begegnung mit der Stadt, die seine Heimat werden sollte

1917 Heirat mit Cläre Koch

1919 Austritt aus der SPD, Eintritt in die USPD

1920 Eintritt in die KPD

1921 Geburt der Tochter Rosemarie

1923 wurde Heinz Renner Leiter des „Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit“, ab **1926** übte er diese Tätigkeit hauptamtlich aus

1924 zog Heinz Renner zum ersten Mal in den Essener Stadtrat ein

1925 wurde Renner Abgeordneter im Rheinischen Provinziallandtag. Er blieb dort Mitglied bis 1933

1933 Flucht vor den Nazis zunächst in das französisch besetzte Saarland, danach nach Paris. Renner blieb weiter politisch aktiv, so war er z. B. bei der Organisation des Kampfs gegen Franco engagiert

Mit Beginn des zweiten Weltkriegs wurde Kommunisten in Frankreich das Asylrecht aberkannt. Renner wurde im Lager „Le Vernet“ interniert und 1943 den deutschen Behörden ausgeliefert, wo er sich mehreren Verhören durch die Gestapo unterziehen musste. Seine letzte Station war das Lazarett des Gefängnisses in Ludwigsburg

Nach dem Krieg Rückkehr nach Essen. Er wurde Mitglied des 13köpfigen Bürgerausschusses, der am 29. Juni 1945 zur Unterstützung von Oberbürgermeister Dr. Hugo Rosendahl von den britischen Besatzungsbehörden einberufen wurde

Am 6. Februar 1946 wurde Heinz Renner zum Oberbürgermeister der Stadt Essen ernannt, nach der Kommunalwahl im Oktober desselben Jahres wurde er von Gustav Heinemann abgelöst

Von Oktober 1946 bis September 1949 Mitglied des Landtags NRW

Von August bis Dezember 1946 Sozialminister des Landes NRW

Von Juni 1947 bis April 1948 Verkehrsminister des Landes NRW

1948/49 Mitglied im Parlamentarischen Rat, der das Grundgesetz der Bundesrepublik ausarbeitete

1949 bis 1953 Mitglied des deutschen Bundestags

1960 Übersiedlung in die DDR

Am 11. Januar 1964 stirbt Heinz Renner in Berlin (Hauptstadt der DDR)

Weitere, ausführliche Informationen über das Leben und politische Wirken von Heinz Renner erhalten Sie in unserer Geschäftsstelle.

Abdruck der Fotos mit freundlicher Genehmigung des Stadtarchivs Essen.